

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 10. Beiratssitzung am 16.04.2024
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr
Ende: 21:23 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter (ab 20:12 Uhr), Niels Heide, Werner Müller, Bianca Lönnecker, Lizza Besecke

CDU: Martin Hornhues, Helga Lürßen, Isolde Eylers

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

Parteilos: Oliver Meier, Rainer Tegtmeier

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum

Protokoll: Herr Sgolik vom Ortsamt Vegesack

Gäste:

Petra Putzer (Amt für Soziale Dienste)

Rowena Schröder (Amt für Soziale Dienste)

Jan Müller (Polizei Bremen)

Marco Perin (Polizei Bremen)

Gökhan Coban (Ordnungsamt Bremen)

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Er weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden. Er begrüßt Herrn Sgolik, welcher sich im Rahmen der kollegialen Amtshilfe unter den Ortsämtern für die Protokollerstellung zur Verfügung stellt.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 04.04.2024 fristgerecht verschickt.

Herr Boehlke bittet, den TOP 1 abzusetzen, da das Protokoll fast fertig, aber noch nicht vollständig ist. Der TOP soll auf der nächsten Sitzung erneut aufgerufen werden.

Der Beirat stimmt einstimmig für eine Absetzung.

Weiter führt er aus, dass es zum TOP 6 keine Referent:innen gibt, daher sollte dieser - wie im Koordinierungsausschuss besprochen - abgesetzt werden.

Der Beirat stimmt mit zwei Stimmen für die Behandlung, neun Stimmen sprechen sich gegen eine Behandlung aus, es gibt eine Enthaltung.

Beschluss zur Tagesordnung: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 12.03.2024

- Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt -

TOP 2: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

- Es wurden keine Anträge gestellt -

TOP 3: Öffentliche Spielplätze in Burglesum

Herr Boehlke begrüßt Frau Putzer und Frau Schröder vom Amt für Soziale Dienste.

Herr Boehlke leitet damit ein, dass ein Sachstandsbericht über öffentliche Spielplätze in Stadtteil angefordert wurde. Dieser sollte enthalten, wie viele Mittel zur Verfügung stehen und welche neueren Projekte in Zukunft umgesetzt werden sollen.

Frau Putzer leitet ein. Ein Team von sechs Kolleginnen ist für die über 200 Spielplätze in Bremen zuständig. Frau Schröder hat seit dem Anfang des Jahres die Zuständigkeit für Burglesum, welcher sie das Wort übergibt.

Frau Schröder stellt Anhand einer Präsentation dar, welchen Sachstand es gibt. Dazu führt sie ergänzend aus, es gebe 14 Spielplätze in Burglesum. Weiterhin gebe es zum Beispiel Haus nahe Spielplätze. Es gibt zwei Jugendplätze, der Rest sind Spiel- oder Bolzplätze. Anhand der relevanten Einwohnerzahlen werden die Spielplatzbedarfe berechnet. Bei reiner Betrachtung der gesamten Spielflächen-Quadratmeterzahl bestehe aktuell eine „Überversorgung“ von ca. 12 % der errechneten Bedarfsfläche. Es wurden mehrere Spielplätze neu eingerichtet, weiterhin wurden diverse Reparaturen an bestehenden Anlagen durchgeführt. Weiter werden die Planungen für 2024 gezeigt. (Folie 9). Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Umsetzung des Platzes Am Vogelbusch wurde ebenfalls präsentiert, in der Folge dieser Beteiligung wurde ein Großspielgerät beauftragt, welches in naher Zukunft umgesetzt werden soll.

Herr Heide bedankt sich für den Vortrag. Er fragt zur Bedarfsrechnung: Es wurde ausgeführt, dass die Zahlen für Kinder unter 18 Jahren ausgewertet werden. Wie spielen räumliche Situationen, zum Beispiel große Wohngebiete eine Rolle? Sind diese ebenfalls an sich berücksichtigt oder geht es rein um „Kopfzahlen“?

Frau Schröder erläutert, dass diese Gebiete eine Rolle spielen, Investoren zum Beispiel seien ab gewissen Baugrößen verpflichtet, Spielplätze zu schaffen. **Frau**

Putzer ergänzt, dass auch Spielraum berücksichtigt wird, wo gerade - zum Beispiel - Altenwohnen besteht, da wie Wohnsituation sich schnell verändern kann. In gewissen Situationen können Haus nahe Spielplätze abgelöst werden, die entsprechende Grundlage wurde vor kurzem novelliert.

Herr Hornhues fragt, ob WIN-Mittel mit eingerechnet werden oder sind diese „Add-Ons“ seien. Zum Spielplatz am Halm fragt er: Wie teuer war dies und wie lang hat die Umsetzung gedauert? Der Kinder- und Jugendbeirat sei frustriert, wie lange solche Dinge dauern und sie fragen sich, warum immer alles nicht umgesetzt werden könne. Bei den Zahlen hat er Nachfragen, zu Spielplatz Nummer 13 hat er eine Frage. Diese Fläche wurde als Spielfläche gekennzeichnet und reserviert für ein potenzielles Neubaugebiet, diese Ordnungsziffer wurde jedoch nicht mitberechnet.

Frau Schröder beschreibt den Austausch zwischen Jugendbeirat und der senatorischen Behörde. Das Basketballfeld wurde fertiggestellt, ein altes Feld war nicht mehr nutzbar und wurde erneuert. Die hatte ca. 25.000 EUR gekostet. WIN-Mittel kommen auf das Budget drauf und werden nicht abgerechnet. **Herr Boehlke** ergänzt, dass es ein behördeninternes Gespräch gab und dabei wurde festgestellt, dass eine reine Pflasterung reicht.

Frau Schnaubelt spricht über den Spielplatz 22 und freut sich über die Schaukel. Weiter fragt sie, ob die Seilbahn in Böhmers Wald mitgerechnet wird.

Frau Schröder beschreibt, dass es Sonderprojekte mit Teilfinanzierung gibt. Die Fläche gehört nicht zum AfSD, aber die Geräte wurden durch Behördenverständigung mitbezahlt. Im Falle von notwendigen Reparaturen wäre der Unterhaltungsträger der Umweltbetrieb Bremen.

Herr Müller fragt, ob es auch Bewegungsangebote für Senior:innen gibt und dieses mitbetrachtet werde.

Frau Putzer beschreibt, dass ein Schwerpunkt auf inklusiven Plätzen liegt, dies schließt die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit grundsätzlich ein. Es gibt offiziell keinen Mehrgenerationen-Spielplatz. Man sei auf dem Weg zu mehr Teilhabe, aber dieser Weg werde gerade erst beschritten.

Herr Hornhues fragt nach der Einbeziehung von älteren, hausnahen Spielplätzen und dem Umgang damit. Weiter fragt er, wie die Versorgung insgesamt in Burglesum bewertet wird und ob die Budgetierung allein an den Kopffzahlen liegt.

Frau Schröder erläutert, dass das Gesamtbudget nicht rein anhängig von der Quadratmeterzahl ist, sondern es Sockelbeträge sowie Faktoren der Versorgung der Sozialzentren gibt. Der Rest werde auf die Spielplätze heruntergerechnet. **Frau Putzer** beschreibt, dass man nicht auf Stadtteile herunterbrechen könne, sondern das Budget zusammengefasst für Gesamt-Bremen betrachtet werden muss. Dadurch entstehe aber auch Flexibilität. **Frau Schröder** führt weiter aus, dass eine Bewertung ohne Weiteres nicht erfolgen kann, Bedarfe sehe sie aber natürlich, z.B. im Ihletal. Die Situationen an Landskronastraße und Fockengrund müssen ebenfalls betrachtet und „angegangen“ werden. Grundsätzlich ist man mit der Zahl der öffentlichen Flächen

zufrieden, die Qualität könne immer verbessert werden. Bei den Hausflächen sieht sie große Probleme, allerdings kann hier das AfSD nicht helfen. **Frau Putzer** fügt an: Die Nachhaltigkeit bei hausnahen Plätzen sei nicht gut geklärt, hier muss nachgerüstet werden. Man sei nur zur Beginn dabei, aber danach sei man aus der Betrachtung raus. Burglesum sei gut aufgestellt, aber die Plätze müssen erneuert werden. Es wurden zum Beispiel stadtweite Qualitätskriterien aufgestellt und die Plätze bewertet, die Kriterien müssen aufgrund inklusiver Punkte nachgebessert werden.

Frau Lürßen beschreibt, dass es vor Jahren großen Vandalismus gab und fragt, ob die Situation sich gebessert habe.

Frau Schröder antwortet: Das komme gelegentlich vor, sie nimmt aber keine Häufung war.

Herr Müller fragt nach den Spielgeräten in Pellens-Park, ob das AfSD zuständig sei. Dies wurde verneint.

Frau Putzer beschreibt abschließend, dass die Personalauslastung sehr hoch sei und man sich natürlich Unterstützung wünsche.

Herr Boehlke fragt nach der Fläche am Ihletal, dort gebe eine ein „betrachtetes“ Areal. Gleichwohl hat er wahrgenommen, dass die Kapazitäten beim UBB ausgeschöpft seien. Er stellt die Frage: Wenn man die Kapazitäten „frei geschöpft“ bekäme, könne es dann im nächsten Jahr losgehen?

Frau Putzer erklärt, man habe dies angemeldet, und sie hofft, dass sich schnell etwas tut.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nahm den Bericht zur Kenntnis und freut sich auf die neuen Kriterien zur Berechnung der Spielplatzbedarfe.

Der Beirat fordert den Senat auf, einen Verantwortlichen für die hausnahen Spielflächen zu benennen, damit diese nicht nur erstellt, sondern auch erhalten werden können.

Der Beirat erwartet eine rasche Umsetzung des angedachten Spielplatzes im Ihletal.

TOP 4: Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 2023 für Burglesum

Herr Boehlke begrüßt hierzu Herrn Müller und Herrn Perin von der Polizei Bremen. Er leitet ein, dass man sich regelmäßig über die PKS berichten lasse. Einiges sei bereits durch die Medien gegangen, heute befasse man sich jedoch genauer mit den Burglesumer Zahlen.

Herr Müller begrüßt alle Anwesenden. Er beschreibt, dass man einen Situationsbericht vorstelle. Dies geschieht anhand einer Präsentation, welche dem Protokoll angehängt wird. Zunächst wird die Struktur der Polizei vorgestellt. Der Einsatzdienst wird, voraussichtlich im nächsten Jahr, ab Vegesack starten. Aktuell findet eine „KOP“-Auswahl statt, auch ein Auswahlverfahren für die Leitung in Burglesum ist aktuell in Aussicht.

Zunächst werden Einwohnerzahlen und Einsatzlagezahlen gezeigt. Im letzten Sommer hatte man erstmalig Einsatzzahlen über 10.000 Einsätzen pro Monat, dies hat sich leider verstetigt.

Man richtet sich Polizei-seitig auf erneut hohe Zahlen ein. Dies sei ein erster Gradmesser für die aktuelle Situation. Ein zweiter Gradmesser seien Versammlungslagen, auch dies ist ein Wert mit Höchstständen. Die Jahre haben Skepsis gelehrt, da man aufgrund der aktuellen Weltlage nicht von einer Erleichterung ausgehen kann.

Heruntergebrochen auf Bremen-Nord gab es 16.680 Einsätze, ca. 400 Einsätze mehr als im Vorjahr. Auch gebe es keine „Ruhetage“ oder ruhigere Tageszeiten mehr, die meisten Einsätze müssen zwischen 12 und 20 Uhr gefahren werden.

Es wird der Hinweis gegeben, dass es sich um eine Ausgangsstatistik handelt und das Bild somit etwas zeitlich verzerrt und verzögert ist. Die PKS biete trotzdem den besten Einblick auf die aktuellen Entwicklungen. Dabei können nur angezeigte Dinge auch wirklich erfasst werden. Im Vergleich zu den Entwicklungen in Gesamt-Bremen sind die Entwicklungen in Bremen-Nord gemäßigt (22,7% Zunahme in Bremen im Vergleich zu 5,3% in Bremen-Nord). Weiter geht Herr Müller auf die einzelnen Bereiche der PKS ein und gibt Erläuterungen zu einzelnen Tatbeständen.

Frau Wolter nimmt an der Sitzung teil.

Abschließend geht Herr Müller auf die Schwerpunktsetzungen ein. Hier geht es um Erreichbarkeit und Tempo.

Herr Heide bedankt sich für den Vortrag und die geleistete Arbeit. Die Zahlen seien nicht erfreulich. Er fragt bezüglich der Straftaten „auf Halde“, um welche Straftaten es dabei ging und wie viele es waren. Weiter fragt er nach dem Erfolg des Abbaus der „Halde“.

Zur Art beschreibt **Herr Müller**: Raub gehört natürlich nicht dazu, die Straftaten werden priorisiert. Es kann aber im Bereich der einfachen Körperverletzung sein, dass solche Fälle liegen blieben. Natürlich geht es klassisch um Eigentumsdelikte. Man habe das Jahr mit ca. 20.000 offenen Fällen im letzten Jahr abgeschlossen, nun werden aber keine „KOP's“ mehr eingesetzt.

Herr Jurgan fragt zum Thema Cannabis: Was erwartet die Polizei diesbezüglich? Werden die Delikte eher steigen oder sinken? Für die Kollegen fragt er, wie es gedacht sei, dies besser zu kontrollieren. Sollen geeichte Wagen eingesetzt werden, wie wird dies gelöst?

Insgesamt ist man laut **Herrn Müller** hier in der Entwicklung. Das Gesetz ist sehr komplex, andererseits gibt es sicherlich eine Entlastung der Straftaten. Trotzdem ist das Gesetz voll mit Tatbeständen, die geprüft werden müssen. Man bereite sich aktuell vor, man hat eine Informationssammelstelle eingerichtet. Aktuell merkt man davon allerdings sehr wenig. Zur Menge: An den Wachen wird es geeichte Instrumente geben, um für die Beweismittelsicherung alles vorzuhalten. Der größte Sorgentreiber ist der Einfluss auf den Straßenverkehr.

Herr Jurgan beschreibt seine ehemalige Tätigkeit und führt aus, dass er Probleme auf die Einsatzkräfte zulaufen sieht.

Herr Hornhues hat es so verstanden, dass es eine leichte Entlastung durch die Cannabislegalisierung gibt, jedoch sieht er weiterhin die aufkommenden Probleme durch Crack. Weiter müsse eine digitale Übersicht bereitstehen, die direkt informiert, wo der Konsum von Cannabis erlaubt ist. Er hat subjektiv das Gefühl, dass zum Beispiel Eigentumsdelikte

stark gestiegen sind. Eine praktische Frage hat er: Wie werden Gruppenschlägereien gewertet, als Einzelfall oder für jede Person eine Einzelwertung?

Herr Müller beschreibt, dass Schwerpunkte bei den Drogen bei den kritischen Orten wie Schulen liegen, dort sei zum Beispiel egal um welche Droge es geht. Dazu wird natürlich nach gewissen Drogen intensiver gefahndet, insbesondere auf der Händlerebene wird dort ermittelt. Die Digitalisierung schreitet voran, die Beamten im Einsatzdienst wurden mit Smartphones und entsprechender Software zur Erfassung von zum Beispiel Ausweisen oder Unfallsituationen ausgestattet. Zum Beispiel Massenschlägerei: Er Es werde nun im Bereich des mehrfachen Landfriedensbruchs ermittelt, dies werde jedoch die Zukunft zeigen.

Frau Wolter bittet ihre Verspätung zu entschuldigen. Sie fragt nach den Verkehrskontrollen und fragt, wie es dazu in Burglesum läuft.

An besondere Beschwerdestellen und -lagen tut man laut **Herrn Müller** möglichst direkt etwas. Schwerpunktmaßnahmen sind immer gewünscht und man versucht, dies zu realisieren. Streifenkontrollen gehen natürlich immer mehr als bisher, aber es muss eine Priorisierung stattfinden.

Herr Müller (Beirat) beschreibt, dass man sich im Präventionsrat auch schon mit diesen Zahlen beschäftigen durfte. Präventive Maßnahmen hält er für außerordentlich wirksam und er fragt, was man tun könne, um die Aufmerksamkeit weiter zu fördern.

Herr Müller stimmt absolut zu, Prävention sei der beste Verhinderungsweg. Er ist natürlich nicht zufrieden mit der Entwicklung, die Prävention ist insgesamt eine gesellschaftliche Aufgabe. Große Problempunkte wie zum Beispiel den Hauptbahnhof schafft die Polizei alleine nicht, aber man möchte die Netzwerkarbeit stärken.

Herr Meyer fragt nach dem Zielerreichungsgrad, wo dieser Liege und wie die Erreichbarkeit der 110 sei. Er habe selbst von einem Fall erfahren, wo die Warteschleife der 110 über 4 Minuten angedauert habe.

Herr Müller erwidert zur 110: In Spitzenzeiten kann solch eine Wartezeit zustande kommen. 4 Minuten hält er natürlich für zu lange, man steuere aber in der Leitstelle bereits nach.

Eine Wortmeldung aus dem Publikum: Sie ist Mutter einer Zweitklässlerin in Burgdamm und man hoffte, dass man die Kinder alleine zur Schule schicken könne. Leider sei dies durch ignorante Parkende auf den Fußwegen nicht möglich. Sie wünscht sich, dass sich die Situationen angeschaut und überprüft werde. Die Kinder hätten keine Chance, sicher zur Schule zu kommen. Man erhalte keine Unterstützung, auch wenn man mit dem Ortsamt in Kontakt sei und man Gespräche plane. Wer soll gerufen werden dafür?

Herr Müller nimmt diese Anliegen mit und schlägt vor, gemeinsam mit den Kindern Aktionen zu machen.

Herr Boehlke ergänzt, dass die Probleme bekannt sind und man diese Probleme immer wiedererkennt. Hier müssen auch die Schulleitungen auf die Eltern zugehen und

die Situationen erläutern. Verkehrsmaßnahmen bringen aber nur etwas, wenn die Eltern einlenken. Dafür müssen die Schulleitungen konsequenter vor Ort eingreifen.

Die Bürgerin widerspricht Herrn Boehlke dazu. Wenn Eltern angesprochen werden, werde man sehr übel beschimpft. Dies könnten Anwohner und Eltern bestätigen. So einfach sei dies nicht.

Herr Mann aus dem Publikum beschreibt, dass es mit dem „Zuparken“ nicht nur Schüler betreffe. Er selbst wurde quasi angefahren, die Situationen im Stadtteil häufen sich. Er regt an, eine gesamte Lösung zu finden. Zu den Schulleitungen sagt er, dass diese keine Handhabe haben. Vor 20 Jahren habe es bereits die gleichen Probleme gegeben.

Herr Boehlke beschreibt, dass man sich die Situationen immer genau anschau und man immer einen Schulterchluss – auch mit den Schulleitungen – brauche, um Lösungen zu erarbeiten.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

TOP 5: Bericht über die Tätigkeiten des Ordnungsdienstes in Burglesum

Herr Boehlke begrüßt Herrn Coban vom Ordnungsamt. Er erinnert an den Fragenkatalog, welcher im Vorfeld zugesandt wurde und daran, dass dieser größtenteils beantwortet wurde.

Herr Coban stellt sich im vor, er sei seit dem Beginn im Ordnungsamt, Bereich Ordnungsdienst dabei. Er beschreibt, was ihn und seine Kolleg:innen vom Bereich Verkehrskontrolle unterscheidet. Schwerpunkte in Burglesum seien die Spielplätze, illegales Grillen auf Grünflächen oder Alkoholkonsum auf Spielflächen.

Herr Hornhues beschreibt, dass die Idee des TOP war, genauer auf die Aufgaben des Ordnungsdienstes einzugehen. Wenn dies nicht möglich ist, beantragt er direkt, dies auf eine künftige Tagesordnung zu setzen. Zurück auf den allgemeinen Ordnungsdienst bezogen freut er sich über die kürzeren Wege, stellt jedoch sich die Frage: Wie genau ist man personell aufgestellt?

Herr Coban stellt nochmal klar, dass der Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Spielplätzen gemeint war. Zum Personal: Neun Mitarbeitende im Außendienst und drei im Innendienst, dazu ist eine Leitungsstelle ausgeschrieben. Er kann nicht konkret sagen, wie viele Personen der Verkehrsüberwachung in den Norden kommen und wie häufig dies passiert.

Frau Wolter bedankt sich für die kurzen Ausführungen. Sie fragt in Bezug auf die Osterfeuer, dass es bisher keine planerischen Veränderungen gab, aber nach dem Feuer ein Verfahren eröffnet wurde. Gab es eine Ansage, nun anders mit den Osterfeuern zu verfahren? Schließlich wurde vorher extra nachgefragt.

Erfahrungsgemäß seien laut **Herrn Coban** die angegebenen 5m³ sehr wenig, für die Zukunft möchte man die Rechtsgrundlage dazu ändern. Eventuell gab es unterschiedliche Einschätzungen unterschiedlicher Personen, er kann keine genaueren Informationen geben, da sie in dem Moment der Sitzung nicht vorliegen.

Herr Müller fragt, ob man mit den Mängelmeldern zusammenarbeite.

Gemäß **Herrn Coban** selbst arbeite man selbst mit den Mängelmeldern, wenn man etwas sieht. Da man selbst aber keine Infrastruktur hat, landen solche Anfragen bei der Bremer Stadtreinigung. Man kann auch selten ermitteln, wer die illegalen Müllablagerungen verursacht hat. Sollte dies aber möglich sein, bringt man Anzeigen auf den Weg. Selbst kann man aber nichts wegräumen.

Herr Heide beschreibt, dass die DBS eine eigene App entwickelt hat, vielleicht schafft diese schnellere Abhilfe. Er fragt, ob es Absprachen zwischen den „Norder Kollegen“ und den Verkehrsüberwachern aus der Stadt gibt, wann wer wo agiere. Er kritisiert die Sinnhaftigkeit, dass der allgemeine Ordnungsdienst dies nicht prüfen kann und fragt, warum dies aufgeteilt wurde.

Herr Coban teilt mit, dass er zu den Befugnissen er leider nichts sagen könne.

Herr Jurgan fragt nach, ob die Bürger:innen eine zentrale Nummer anrufen können, wo dann eine Aufgliederung der Anliegen erfolge.

Herr Coban bittet, die Informationen zu Protokoll zu nehmen:

Es gibt eine Servicenummer der Performa Nord, wo die Angelegenheiten weitergeleitet werden. Der Ordnungsdienst ist unter **0421/36112340** oder per E-Mail an ordnungsdienst@ordnungsamt.bremen.de erreichbar.

Der Ordnungsdienst Bremen-Nord bearbeitet die Anliegen in der Regel von 48 Stunden.

Ein Bürger meldet sich, er möchte bestätigen, dass Meldungen aufgenommen werden. Er wohne in der Nähe von „Auf dem Halm“. Dort gebe es Sammlungen von gelben Säcken, weil evtl. die Müllabfuhr diese übersehen haben. Wie würde der Ordnungsdienst dies handhaben? Gleiches gilt für wild abgestellte Einkaufswagen.

Herr Coban führt aus: Wenn man während der Streifenfahrten etwas sehe, kümmere man sich drum. Bei schriftlichen Meldungen gebe man diese an die Spezialisten der DBS ab, dort werden auch präventive Maßnahmen eingeleitet. Für Einkaufswagen ist der Betreiber zuständig, man führt dazu regelmäßig Gespräche.

Der Bürger fragt, ob man nicht mit der Gewoba sprechen könnte, gelbe Container einzurichten.

Herr Boehlke nimmt dieses Thema mit. Es gebe Unterschiede zwischen gelben Säcken und gelben Tonnen. Während Säcke auch „fehlbefüllt“ mitgenommen werden müssen, werden Tonnen bei falscher Befüllung nicht geleert.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht **zur Kenntnis** und bittet das Ordnungsamt in der kommenden Sitzung um einen Sachstandsbericht zur Verkehrsüberwachung in Burglesum. Weiterhin bittet der Beirat um die Aufnahme der neuen Erreichbarkeit für Bremen-Nord im Internet.

TOP 6: Bahnübergänge in Burg-Grambke (Wartezeiten, Modernisierung)

- Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt -

TOP 7: Beiratsmittel 2024 / Beratung über weitere Anträge

- 7.1. Sommerbad Grambker See: „Ganz Grambke geht Baden“ -
Antragssumme: 3.000 EUR
- 7.2. TSV St. Magnus: „Bau einer Beachsportanlage“ -
Antragssumme: rund 10.800 EUR

Herr Hornhues schlägt vor, 7.1. in voller Höhe zu bewilligen. Zu 7.2. schlägt er vor, 5.000 EUR zu beschließen.

Beschluss: (einstimmig)

1. *Sommerbad Grambker See: „Ganz Grambke geht Baden“
Zuschuss über 3.000 Euro*
2. *TSV St. Magnus: „Bau einer Beachsportanlage“
Zuschuss über 5.000 Euro*

TOP 8: Anträge der Fraktionen und Beiratsmitglieder

Antrag der FDP: „Dringliche Unterstützung des Grambker Sommerbads für eine sichere und bezahlbare Zukunft“:

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Burglesum fordert den Senat und Immobilien Bremen auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Weiterbetrieb des Grambker Sommerbads zu sichern. Dazu gehören:

- Bereitstellung von finanziellen Mitteln: Die Mieten und Pachtforderungen müssen auf ein bezahlbares Niveau gesenkt werden, darauf ist einzuwirken, dass überhöhte Mieten nicht tragbar sind und nur bezahlbare Summen einen Weiterbetrieb ermöglichen
- Unterstützung bei der Suche nach ehrenamtlichen Helfern: Der Senat soll aktiv bei der Rekrutierung von Rettungsschwimmern und anderen Helfern unterstützen.
- Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung: Die Sanierungskosten des Sommerbads müssen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag wurde angenommen.

TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Das Wahlamt sucht dringend Wahlhelfer:innen, **Herr Boehlke** ruft dazu auf, sich aktiv zu melden. Infos unter www.wahlen.bremen.de/wahlhelfer_innen
- Verschiebung der geplanten Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung am 25.04.2024

TOP 10: Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Wolter berichtet zum Antrag vom 12.12.2023, Mittel der OKJA und der heutigen Debatte in der Stadtbürgerschaft dazu. 7 Beiräte waren da und haben Rederecht erhalten, man konnte seine 5 Minuten im Gremium vorsprechen. Es wird an einer neuen Systematik gearbeitet. Senatorin Schilling versucht Mittel aus dem Bereich der „normalen“ Bildung zu bekommen. Es war gut, sich als Beirat gezeigt zu haben.

TOP 11: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

11.1: Herr Hornhues beschreibt, dass heute weitere Schilder aus der Lesumer Heerstraße fest aufgestellt wurden. Er fragt, wann die häufig angemahnten Schäden behoben werden. Eine Hauptdurchgangsstraße so „herunterkommen“ zu lassen, sei ein schlechtes Signal.

11.2: Herr Müller schreibt zur Stadt Landstraße, dass dort direkt Tempo 30 ausgeschildert wurde. Es gebe jedoch unterschiedliche und unsinnige Beschilderung.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:23 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Sgolik
Protokoll